

2. Wir haben die Regierung der Stadtverwaltung von Madrid aufgefordert, im Sinne der Interessen der Bürger und Besucher der Gaststättenlokale zu entscheiden und die Erfüllung der Terrassenvorschriften zu garantieren und bitten ebenfalls darum, die Comunidad de Madrid (Gemeinschaft von Madrid) zu ersuchen, die Erfüllung des Nichtraucherchutzgesetzes in denselben zu garantieren“.

Punkt 35. Genehmigung des Vorschlags Nr. 2017, gemeinsam eingereicht von den Ratsmitgliedern Frau und Frau und jeweils von den Gruppierungen Grupos Municipales Ahora Madrid, Socialista de Madrid und Ciudadanos-Partido de la Ciudadanía, die sich dafür einsetzen, dass die in der Initiative genannten Maßnahmen ergriffen werden, um die Belastung der Bevölkerung und der Umwelt durch endokrine Disruptoren zu reduzieren.

Der Beschluss wurde mit folgendem Wortlaut gefasst:

"BEGRÜNDUNG

Die endokrinen Disruptoren (EDC, Endocrine Disrupting Chemicals), sind Substanzen, die durch Veränderung des Hormonsystems gravierende Gesundheitsschäden für Mensch und Tier verursachen.

Die Exposition der Bevölkerung durch hormonaktive Substanzen in der Umwelt steht in Verbindung mit dem Anstieg von erheblichen Gesundheitsschäden und Erkrankungen, einschließlich Probleme der reproduktiven Gesundheit (z.B. Unfruchtbarkeit, angeborene Fehlbildungen), Tumore und andere Krankheiten der hormonabhängigen Organe (Brust, Prostata, Hoden, Schilddrüse), Stoffwechselerkrankungen (Diabetes, Fettleibigkeit), Autoimmunkrankheiten und Veränderungen des Nervensystems, unter anderem, wie eine jüngst veröffentlichte Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) warnt [1].

Europäische Studien haben gezeigt, dass die Werte von einigen endokrinen Disruptoren im Organismus der Bevölkerung Spaniens (die sogenannte „interne Kontamination“) höher ist als bei der Bevölkerung anderer Länder [2]. Die spanische Gesellschaft für öffentliche Gesundheit und Gesundheitsverwaltung (Sociedad Española de Salud Pública y Administraciones Sanitarias - SESPAS) ist der Ansicht, dass die Aussetzung durch diese Substanzen schädlich für die Gesundheit, das Wohlergehen und die Wirtschaft unserer Bürger und unseres Wohlfahrtsstaates ist [3].

Außer den direkten schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit wirken sich diese Schadstoffe auch auf die Umwelt negativ aus.

Die kommunalen Verwaltungen spielen eine wichtige Rolle bei der Einführung von Maßnahmen zur Reduzierung der Exposition Ihrer Bürger durch diese Schadstoffe, da sie über eigene Kompetenzen bei der kommunalen Schädlingsbekämpfung ebenso wie in der Wartung Ihrer Gebäude und Grünzonen verfügen.

Andererseits können sie auch im Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Umwelt handelnd, die spanischen und europäischen Behörden auffordern, geleitet durch das allgemeine Interesse zu handeln und diese Substanzen zu verbieten.

VERFÜGUNGSTEIL

Die Plenarsitzung beschließt:

1. Einschränkung der Nutzung von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden, die Chemikalien enthalten, die als endokrine Disruptoren in öffentlichen Bereichen wirken können.

Die Behandlung mit Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten in öffentlichen Parkanlagen und Gärten, Schulen, Gesundheitszentren, Seniorenresidenzen und sonstigen öffentlichen Bereichen der Gemeinde soll weitestmöglich eingeschränkt werden, um die Bevölkerung nicht unnötigerweise den schädlichen Auswirkungen der endokrinen Disruptoren und anderer toxischer Substanzen auszusetzen. Die kommunalen Verantwortlichen werden die Notwendigkeit einer gezielten Nutzung einiger dieser Substanzen in Notfallsituationen bei Gefahr für die Gesundheit bewerten.

Im Rahmen der Auftragsvergabestrategie, die in die Zuständigkeit der Stadtverwaltung von Madrid fällt, werden Umweltschutzklauseln in die Vertragsabschlüsse aufgenommen, die in den Ausschreibungsbedingungen der öffentlichen Verträge und in den internen Verfahren in Verbindung mit der Anwendung von Chemikalien eingebunden werden. Ebenso soll die Einschränkung der Nutzung von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden gefördert werden, die Substanzen enthalten, die als endokrine Disruptoren wirken könnten, ebenso wie die Substanzen, die als krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsschädigend klassifiziert werden. Die Verwendung dieser Substanzen soll nur im Ausnahmefall gelten, wenn sie aus Gründen der Wirksamkeit einer Behandlung und der Arbeitssicherheit technisch unverzichtbar sein sollten.

2. Einschränkung der Nutzung von chemischen Substanzen, die als endokrine Disruptoren in anderen öffentlichen Verträgen und Einkäufen wirken können.

Die Einschränkung der Präsenz dieser Substanzen in anderen öffentlichen Verträgen und Einkäufen, wie beispielsweise durch die Aufnahme von Umweltschutzklauseln in der kommunalen Auftragsvergabe, kann zu einer erheblichen Verringerung der Exposition von Arbeitnehmern und Nutzern der öffentlichen Zentren durch diese Schadstoffe führen. Außerdem wäre dies ein Impuls für den Markt von sauberen und sicheren Produkten.

Bei den öffentlichen Verträgen und Einkäufen, die am stärksten von diesem Vorschlag betroffen sind, befinden sich, unter anderem, die Bereiche Reinigung und Wartung von öffentlichen Gebäuden, öffentlichen Wegen, Straßen und Grünzonen, Kauf von Materialien und Geräten oder Bau. Die Stadtverwaltung von Madrid verpflichtet sich, die Benutzung jener endokrin aktiven Substanzen sukzessive einzuschränken, die als krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsschädigend klassifiziert werden, indem Umweltschutzklauseln zur Nutzungsbegrenzung in den Ausschreibungsbedingungen für diese öffentlichen Verträge und Einkäufe aufgenommen werden.

3. Reduzierung der Exposition durch endokrine Disruptoren über die Ernährung.

Zur Reduzierung der Exposition durch endokrine Disruptoren über die Ernährung wird die Stadtverwaltung von Madrid gesunde Diätpläne basierend auf der NAOS Strategie fördern, den Verbrauch von Ökoprodukten unterstützen, Verpackungen vermeiden, die Bisphenol A oder Phthalate oder andere hormonwirksame Substanzen enthalten, und sie wird gute Praktiken in der Lebensmittelverarbeitung fördern, wie das Erwärmen und Kochen von Nahrungsmitteln in synthetischen Behältern und Utensilien, die keine dieser Substanzen enthalten (Kunststoff, Teflon, etc.)

Die Stadtverwaltung von Madrid wird diese Maßnahmen sukzessive über den Einbau von Umweltschutzklauseln in den kommenden Dienstleistungsverträgen für Cateringservice in den kommunalen Gemeinschaftsküchen und Kantinen einführen (Vorschulen und Kinderkrippen, Schulzentren, Tagesstätten, Seniorenresidenzen etc.), die unter ihren Zuständigkeitsbereich fallen, und die Anwendung dieser Maßnahmen in anderen Zentren vorantreiben:

Es werden die Konsensdokumente zu den Ernährungsanforderungen in Bildungs- und Residenzzentren berücksichtigt und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Ernährungsbedürfnissen und dem Verbrauch von Nahrungsmitteln aufgestellt, die frei von diesen Hormonsubstanzen sind.

4. Information der Bevölkerung über die Gefahren von endokrinen Disruptoren, expositionsrelevante Quellen für die Bevölkerung und wie diese Exposition reduziert werden kann.

Die Stadtverwaltung von Madrid wird Informations- und Fortbildungsmaßnahmen organisieren, die vorzugsweise an Berufstätige gerichtet sind, die mit Familien, Jugendlichen, Kindern und Heranwachsenden, Ausbildern, Freizeitrainern und Journalisten zu tun haben.

Geplant sind auch Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen, die an die Bevölkerung gerichtet sind, insbesondere an die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen (Kinder, ältere Menschen, Kranke und Schwangere).

5. Aufforderung an die Comunidad de Madrid, um Maßnahmen zur Reduzierung der Exposition durch endokrine Disruptoren in Anlehnung an diesen Antrag zu ergreifen.

6. Aufforderung an das Ministerium für Gesundheit, Sozialdienste und Gleichheit (Ministerio de Sanidad, Servicios Sociales e Igualdad) und das Ministerium für Landwirtschaft, Nahrung und Umwelt (Ministerio de Agricultura, Alimentación y Medio Ambiente), um Maßnahmen zur Reduzierung der Exposition der Bevölkerung und Umwelt durch endokrine Disruptoren zu ergreifen und sich für das dringende Verbot dieser Substanzen auf europäischer Ebene einzusetzen.

7. Jährliche Berichterstattung an den Stadtrat von Madrid und die Bürger zu den Fortschritten bei der Erfüllung dieses Beschlusses über ihre Internetseite“.